

Ein Plädoyer für Vernunft in ungewissen Zeiten

Andreas S. Lübke

Foto: Martin Bangemann

Vorwort



Vernunft beinhaltet die Fähigkeit, mithilfe seines Verstandes durch Beobachtung und Erfahrung Zusammenhänge durch Schlussfolgerungen herzustellen, deren Bedeutung zu erkennen, Regeln und Prinzipien aufzustellen und danach zu handeln. Menschliche Entscheidungen unterliegen nicht immer der Vernunft. Das Gefühl ist eine begleitende psychologische Grundfunktion. Zu ihr gehören Emotion und Intuition. Manchmal ziehen Verstand und Gefühl in eine Richtung, mitunter gehen beide getrennte Wege.

So waren es weniger vernunftgesteuerte Entscheidungen, die den Rassisten, Sexisten und Demagogen Donald Trump zum Präsidenten machten. Seine Wähler vertrauten diesem ganz auf Emotion setzenden Kandidaten, brachten ihm mehr Gefühl entgegen, als seiner Konkurrentin, obwohl der Verstand ihnen sagte oder hätte sagen müssen, jedenfalls sie hätte wissen lassen können, dass er in der Vergangenheit zu häufig die Unwahrheit gesagt hatte. Hillary Clinton hingegen nahm man die Wahrheit, die sie vernunftgesteuert von sich gab, jedenfalls die objektivierbaren Daten und Fakten, am Ende nicht mehr ab. Zu wenige schenken ihr das für einen erfolgreichen Wahlausgang notwendige Vertrauen.

Daten und Fakten, Wissen und Vernunft scheinen bei vielen Wählern immer weniger Gewicht zu besitzen. Es scheint in einer quasi postfaktischen Zeit vor allem das Gefühl zu sein, auf das es ankommt, um eine Wahl zu gewinnen. Zugleich muss sich jeder Kandidat oder jede Partei zugleich verschiedenen „Wirklichkeiten“ stellen und es mit einer realen und

einer virtuellen oder einer analogen und einer digitalen Öffentlichkeit aufnehmen. Oder auch wie bei Baudrillard mit der „Scheinhaftigkeit der Wirklichkeit“.

Man kann angesichts der zunehmenden Manipulation von Wahrheiten auch feststellen, dass erdachte „Hintergrundwirklichkeiten“ heute reale „Vordergrundwirklichkeiten“ verdrängen und somit selbst zur Vordergrundwirklichkeit mutieren. Damit würde das Irreale zur Realität. Es wäre zum Beispiel der Fall, wenn amtliche Zahlen, offizielle Statistiken und messbarer Lebensstandard von immer mehr Bürgern als Tatsachen ignoriert und diese damit anfällig für Unwahrheiten würden. Seriösem Journalismus bringt man mehrheitlich (60:40) schon längst kein Vertrauen mehr entgegen und Minderheiten diffamieren ihre Vertreter pauschal sogar als „Lügenpresse“. Politische Entscheidungsträger gelten angeblich immer häufiger als „weltfremd“ und das intellektuelle „Establishment“ als abgehoben. Das wird solange behauptet, bis es zur normativen Kraft wird. Mit ihnen will man als Wähler nichts zu tun haben. Wehe den Technokraten an den Schreibtischen in Brüssel, die sich mit Bürokraten über die Zukunft der europäischen Jugend streiten. Faktenfixierten, die mit wissenschaftlicher Methodik zu klären versuchen, was besser mit Emotion und Bauchgefühl, Lebenserfahrung und Menschenliebe gerichtet werden könnte. Die postfaktische Realität hat Europa längst erreicht, nur, dass auf der Gefühlsebene anstatt von Liebe und Vorsorge oder Verständnisbereitschaft und Hingabe vor allem Hass und Größenwahn dominieren oder Wunsch-

denken und Wut. Mit Wut verabschiedeten sich englische Bauern aus der EU oder die weißen Männer mit niedrigem Bildungsstand aus Kentucky vom Washingtoner Establishment.

Immer häufiger stoßen Demagogen und Populisten in den sozialen Medien auf große Zustimmung, nachdem sie Teile der Wahrheit in manipulativer Absicht einfach weggelassen haben. Den unüberhörbaren Akteuren im Netz und auf den Straßen sind Fakten und Zusammenhänge zumeist fremd oder wenigstens unangenehm. Die Bezeichnung bildungsfern trifft es teilweise, andere sind datenresistent oder einfach verklärt. Damit läge der Ball allerdings auch im Spielfeld der Verantwortungsträger, also der Familie und der Gesellschaft, nicht zuletzt „der (Bildungs-)Politik“. Ihre Aufgabe hätte es sein sollen die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass trotz aller Unterschiede jedes Kind nach seinen Talenten, Fähigkeiten und Motivationen gefördert wird. Beide, die politische und die gesellschaftliche Klasse haben bei der konkreten Zubilligung der „Chancengleichheit“ in den meisten Ländern versagt und tun es weiterhin. Man ließ zu, dass fast ein Fünftel der jungen Leute keinen Schul- oder Ausbildungsabschluss erhält und mit seiner Zeit wenig Vernünftiges anzufangen weiß. Ich nenne es komplettes Bildungsversagen. Dass sich daran bislang wenig geändert hat, ist bildungsbürgerliche Arroganz, nicht die falsche Behauptung, der Journalismus trüge eine Mitschuld, weil er über die Misere nicht berichtet hätte. Das hat er; folgenlos. Jeder vierte Jugendliche in Europa wartet auf einen Arbeitsplatz. Weiterqua-

lizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die den Namen verdienen und die quantitativ überzeugen sucht man weiterhin vergeblich. Eine komplette Generation wurde leichtfertig verloren gegeben. Was nutzen Maastricht Kriterien, wenn die Menschen am Existenzminimum darben?

Bildungsferne und Datenresistenz nehmen Einfluss auf das Verhalten der Wähler. Man bastelt sich seine persönliche Wahrheit, wählt Quellen die einem gewünschte (oft einseitige, leicht verdauliche, dem Boulevard entstammende) Informationen liefern oder bedient sich gleich ganz unseriöser Nachrichtendienste. Zwei von drei Amerikanern informieren sich über die Ereignisse im Land oder auf der Welt über sie sozialen Medien. Dabei scheint neben dem Wissen auch das Gewissen, das den inneren Gefühlen Einhalt gebietende Über-Ich, immer häufiger außer Kraft gesetzt. Verantwortliche haben dabei versagt die Menschen aufzuklären, mitzunehmen und mit ihnen über berechnete Ängste zu sprechen. Das Weltgeschehen ist nun mal sehr komplex. Anstatt das zuzugeben hüllen Verantwortungsträger aus der Politik das Wahlvolk lieber in Watte, werfen sich banale Dinge an den Kopf oder dramatisieren Banalitäten. Der Gipfel der Obszönität ist dann das Angebot der Populisten von einfachen Lösungen für komplexe Sachverhalte mit dem alleinigen Ziel dem Volk zu gefallen. Nicht jeder spürt diese Schwinderei. Noch schätzen die meisten Menschen Ehrlichkeit und Authentizität, auch bei unangenehmen Sachverhalten und entlarven die Schaumschläger und Wendehälse. Zugleich ist das Herabwürdigen von Spitzenpolitikern mittlerweile zum Volkssport geworden. Als seien sie nach Belieben zu ersetzen. Man fordert bruchlose Biografien ohne jeden Makel. Gestattet man sich jedoch einen länderübergreifenden Blick, findet sich kaum ein anderer Staat mit besserem Spitzenpersonal. Begehen die „Eliten“ Straftaten („Dieselgate“, Strafzahlungen der Deutschen Bank, „Panama Papers“, Korruption bei FIFA und DFB, Vertuschung von Doping durch die WADA u. a.) untergräbt dies das Vertrauen zusätzlich und macht für Populisten erst recht anfällig. Die Reaktion darauf durch das Wahlvolk ist allzu menschlich. Man zieht sich zurück, setzt auf nationale Grenzen, stimmt in

das Lied gegen die Globalisierung ein und stellt sich hinter diejenigen, die einfache Lösungen anbieten, Ängste ernst nehmen oder so tun als ob. Der Mensch ist eben ein Mängelwesen, changierend zwischen Streben nach Perfektion und Abgrund.

Nun kann man über den Lauf der Welt natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Reiner Positivismus und die Fixierung auf Faktizität, in der nur das Messbare und Mathematische Gültigkeit besitzt, kann nicht Grundlage unserer Kultur sein. Jeder Mensch konstruiert sich seine eigene Welt. Jeder von uns trifft Entscheidungen darüber, was er als Fakten anerkennt. Worauf es allerdings ankommen muss, ist, wie informiert und wie differenziert die Entscheidungen getroffen werden und welche Ziele, Pläne und Visionen sich daraus ableiten. Zu streiten kann sehr inspirierend sein. Doch wenn Tatsachen nicht anerkannt werden, der Klimawandel als Hirngespinnst abgetan wird, oder wenn diejenigen, die sich zur Gentechnik äußern nicht die möglichen Vor- und Nachteile kennen, oder wenn, im Falle des Brexit, mit falschen Zahlen zum Gesundheitswesen auf Stimmenfang gegangen wird, dann ist eine Diskussion erledigt.

Mindestens drei Phänomene prägen also die Gegenwart der westlichen Industrienationen und bedrohen sie zugleich: eine große Zahl bildungsferner oder verklärter Menschen, einzelne oder Gruppen, die es auf sie abgesehen haben und mit erfundenen Wahrheiten und konstruierten Behauptungen durch die Gassen und Gossen der Affekte ihre Ziele verfolgen sowie die sozialen Medien in Kombination mit modernen Computeralgorithmen. Sie verbreiten die Fiktionen oder Lügen (als Fakten deklarierte Fiktionen) in Windeseile und mit hohem Streupotenzial, wie etwa in den USA die Lüge der Papst hätte sich für Trump ausgesprochen.

Demokratische Legitimation auf der Grundlage von Lügen ist demnach keine. Spätestens an dieser Stelle offenbart sich ihre Schwäche. Wer Mehrheiten kategorisch als das Maß der Dinge ansieht, setzt die Vernunft außer Kraft, wenn sie durch Unwahrheiten zustande kommen. Unter diesen Umständen sind Wohlergehen und Frieden einer Gesellschaft in Gefahr. Nun gehören zur Demokratie mehr als nur die Mehrheit

der Stimmen und der Auftrag zur Bildung einer Regierung. Die Verfassung und die Gewaltenteilung sind fester Bestandteil von „checks and balances“, aber auch die Grundordnung inklusive eine Begrenzung der Amtszeit begrenzen die Folgen individuellen Fehlverhaltens. Dem Establishment, den Intellektuellen, Politikern, Journalisten und Lehrern wird nichts anderes übrigbleiben, als die Auseinandersetzung auf den Plätzen, im Netz und in den Parlamenten zu suchen. Einfach wird das nicht. Es stellt sich nämlich nicht nur die Frage, auf welche Weise ein solcher Austausch möglich sein kann. Es erfordert zunächst das Eingeständnis, sich darauf einlassen zu müssen. Dieser Artikel will einen entschiedenen, mitunter auch einen vorsichtigen Blick in die Zukunft wagen.

Vom Wert der Freiheit



Über die kommenden Jahrzehnte werden politische, klimatische, biologische, geografische und wissenschaftliche Ereignisse das Weltgefüge so erheblich beeinflusst haben, dass die Bedingungen unter denen die Menschen dann auf der Erde leben mit den heutigen kaum vergleichbar sein dürften. Die elementaren Bedürfnisse und Ziele von Homo sapiens hingegen werden weiter Bestand haben. Frieden und Sicherheit, Freiheit und Wohlstand gehören dazu, wie auch eine stabile Gesundheit und ein erfüllender Arbeitsplatz. Der Wunsch und Wille, dass es auf der Welt endlich gerechter zugeht und es die kommenden Generationen besser haben als heute, gehört mit dazu. Man kann sich im Paradies nicht wohlfühlen während es andernorts wie in der Hölle zugeht. Unsere Evolution hat dazu geführt, dass sich die Werte von Freiheit und Gerechtigkeit in viele Regionen unseres Globus verbreiten konnten. Auch wenn religiös motivierte Ereignisse die erkämpfte Freiheit schon immer gefährdeten, so will sie der Mensch an sich. Jede Religion kann auf Dauer nur bestehen, wenn sie dem Individuum ein Mindestmaß an Freiheit gestattet. Wenn sie der Frau die gleichen Rechte zugesteht wie dem Mann. Wenn sie der Gewalt abschwört und andere Formen des Glaubens oder auch den Nichtglauben respektiert.

Wo immer die Freiheit ist, lauert ihr Missbrauch. Deswegen darf sie nir-

gendwo unkontrolliert bleiben. Der aufgeklärte und freie Mensch ist im besten Fall selbstbestimmt doch zugleich der Allgemeinheit verpflichtet. Sein Wille wird nicht durch Ideologien verklärt. Er darf gläubig sein, muss es aber nicht. Abhängigkeit und Fremdbestimmung lehnt er normalerweise ab. Der Mensch an sich ist bestrebt für sich und die seinen zu sorgen und er hat den Mut sich seines Verstandes zu bedienen. Doch nur, wenn er frei und gebildet ist kann er stigmatisierende verhaltensregulierende und -normierende Fesseln gesellschaftlicher Prägungen wie Herkunft und Religion, Tradition und Kultur sprengen. Nicht jeder will das. Nicht jeder kann das. Die Möglichkeit es aus sich heraus zu schaffen sollte daher eine Staatsaufgabe in einer freiheitlichen Grundordnung sein.

Die Möglichkeit zur Freiheit zu gelangen wurde in herausragenden Momenten ergriffen. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776 und die Französische Revolution 1789 sind dafür zwei Beispiele. Für uns Deutsche waren es die Jahre 1848, als man sich gegen die absolutistische Herrschaft auflehnte und 1990 mit der ersten freien Volkskammerwahl gegen das DDR-Regime. Erst die Freiheit im Sinne der Befreiung hat dem Menschen einige der ersehnten Möglichkeiten zur Selbstbestimmung eingebracht. Im gegenwärtigen Jahrhundert wächst die Ratlosigkeit im Umgang mit ihr. Die Freiheit von religiöser Bindung legt immer weniger Menschen auf die damit verbundenen Verhaltensregeln und Sinnmuster fest. Zugleich versetzen religiöse Fundamentalisten die Welt in Angst und Schrecken. Und in demokratisch weit entwickelten Nationen deutet sich der beschriebene Trend zur Entkoppelung von Politik und Bürgertum an. Schließlich existieren auf unserem Planeten Gesellschaften, in denen das selbstbestimmte Individuum nicht im Mittelpunkt steht, jemals gestanden hat, und vielleicht auch niemals stehen wird. Das sollte man akzeptieren. Gerade dort ist die Übertragung bestimmter Menschenrechte, in denen individuelle Belange unverrückbar und kategorisch im Vordergrund stehen problematisch. Hier ist die Freiheit der Einzelnen der Freiheit und Selbstbestimmung seiner Klein- oder Großgruppe häufig untergeordnet und führt zu weniger Problemen, als man das im aufgeklärten Westen oft wahrhaben will.

Möglich geworden ist die Freiheit von den Zwängen der Natur durch den Fortschritt wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen. Freiheit bedeutet in der Gestaltung seines Lebens Wahlmöglichkeiten zu haben. Freiheit ist ein Angebot, keine Vorgabe. Aus der um sich greifenden Freiheit sind allerdings neue Abhängigkeiten entstanden. Die Freiheit kehrt dann schnell zur Unfreiheit zurück, etwa durch Apokalypsen infolge einer Pandemie beschleunigt durch den zunehmenden Flugverkehr oder eines länger andauernden Stromausfalls nach einem Cyberangriff. Es ist schwierig geworden den Folgen missbrauchter Freiheit wirkungsvolle Schutzmaßnahmen entgegenzusetzen. Die normative Kraft allgemeiner Ratlosigkeit ist erheblich. Wie gehen wir mit den Folgen einer solchen Entwicklung um? Man kann sich ihr als Einzelner kaum entziehen, sei denn man wandert nach Kanada aus und lebt als Einsiedler in seiner Blockhütte. Zugleich kann man versuchen sich selbst oder auch als Gesellschaft von Abhängigkeiten zu befreien, zumal wenn dadurch unliebsame Partnerschaften, etwa mit Schurkenstaaten, aufgelöst werden.

Die Freiheit von sozialen Bindungen mag uns zwar von erzwungenen Rollenvorstellungen befreien. In manchen Bereichen droht man jedoch herkömmlichen Moralvorstellungen zu entkommen. Durch die Hintertür eingeführte neue Definitionen entwerfen teilweise uralte Begriffe oder deuten lange tradierte Verhältnisse um. Absicht dahinter ist nicht selten im Sinne der Freiheit Dinge und Belange gleich zu behandeln die nicht gleich sind. Das Beziehungsmodell Ehe etwa hat eine religiöse und kulturelle Geschichte. Sie hat für viele einen persönlichen Wert und ihren Platz in Gesellschaft und Verfassung. Lebenspartnerschaften haben eine andere Geschichte. Vor allem dort, wo die Vorstellung besteht alle Menschen müssten „gleich“ sein, können sich Motive und der Anspruch durchsetzen, einzuebnet, was nicht eingeebnet werden müsste und vielleicht auch nicht sollte. Wenn man die Ehe nicht mehr allein für Frauen und Männer zulässt, die sie, etwa in der Hoffnung auf Kinder, miteinander eingehen, entwertet das die Ehe gerade für eben jene. Das Gebot der Gleichheit, wenn keine Gleichheit in den Verhältnissen vorliegt verkommt immer häufiger zu einem kategorischen Gleichheitsdogma.

Obwohl viele Menschen in Unfreiheit leben und es noch gar nicht so lange her ist, dass auch wir Deutschen ein unterdrücktes und unfreies Volk waren, haben sich viele von uns an die erkämpften Freiheiten so sehr gewöhnt, dass wir sie als gegeben hinnehmen und zulassen, dass sie von manchen in obszöner Weise missbraucht werden. Es zeigt sich zunächst durch eine unfassbar hohe Zahl von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Was würde passieren, wenn an einem Tag in Deutschland alle Hausbesitzer ihre Türen ungeschlossen ließen? Wie viel Freiheit vertragen die Menschen? Trunksucht infolge freien Zugangs zu Alkoholika stellt im öffentlichen Raum ein großes Problem dar. Ohne Kontrollen durch engagierte Sicherheitskräfte würde der Ablauf von Großereignissen vollkommen der gesitteten Ordnung entgleiten. Ungestraft verrichten manche was ihnen beliebt und zeigen denen, die sich an Recht und Gesetz halten gedankenvergessen oder mit voller Absicht, was sie von einem funktionierenden Rechtsstaat, der ihnen anvertrauten Freiheit und den Prinzipien einer demokratischen Grundordnung halten. Vielleicht verstehen deswegen viele nicht diesen unglaublichen Mut den es fordert, um aus einem Kriegsgebiet zu fliehen und sein Heimatland zu verlassen.

Nirgendwo ist Freiheit selbstverständlich. Sie ist häufig ohnehin nur ein Wunschgedanke. Autonomie ist für viele das Ideal, Heteronomie jedoch für alle die Realität. Die philosophische Interpretation der Freiheit befindet sich nicht nur in permanentem Wandel, sondern sie umfasst zugleich psychologische, soziale, kulturelle, religiöse und rechtliche Dimensionen. Die Freiheit gehört damit zu den zentralen Begriffen der menschlichen Geschichte. Unfreiheit bedeutet nicht das Recht zu haben, zu sagen, was man denkt und fühlt, bedeutet keinen Zugang zu Informationen zu erhalten und, dass man seine religiösen, sittlichen und sonstigen Überzeugungen nicht zum Ausdruck bringen darf. Überfreiheit bedeutet, den Gartenzaun seines Nachbarn nicht zu respektieren, oder etwa alles, was man denkt und fühlt ungefragt seinen Mitmenschen zukommen zu lassen. Manchmal wird die Freiheit sogar als Egozentrik der Reichen desavouiert. Wer das tut, verrät allerdings, dass er nichts von ihr hält. Freiheit bedeutet die „Abwesenheit von Hin-

denissen“ und die „Abwesenheit von Abhängigkeit.“ Ein freier Mann ist kein Knecht unter der Knute seines Meisters, sondern mündig. Er kann auf Augenhöhe argumentieren und verhandeln. Das muss in einer Gesellschaft gelernt werden können.

Weil die Menschen nun mal nicht gleich sind, werden nicht alle von ihrer Freiheit in gleichem Maße Gebrauch machen. Das ruft immer wieder diejenigen auf den Plan, die sich benachteiligt fühlen. Sie fordern Gerechtigkeit, wollen in Wirklichkeit die Freiheit gegenüber der Gleichheit eintauschen. Das würde aber die Selbstachtung beschneiden, jene Achtung, die daraus resultiert, dass man als jemand gelten darf der ein offenes Wort führt und der danach handelt, was ihm Vernunft und Gewissen diktieren. Eine solche Freiheit ist etwas sehr Besonderes. Sie ist das bürgerlich-erwachsene Ideal, eine Tugend. Freiheit hat viel mit Würde zu tun.

Wer die Freiheit und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung besitzt weiß noch lange nicht um die Last und Gefahr der Fremdbestimmung. Er ahnt sie vielleicht, wenn er spürt wie andere seine Selbstbestimmung beschneiden. Die Freiheit gibt einem die Möglichkeit sich Hindernissen zu widersetzen. Freiheit ist also auch der Sieg des Willens über die Begierden. Der Markt verschafft dem Menschen die Chance zur Ausübung seiner Freiheit und verlangt zugleich ihre Beschränkung. Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft im Kleinen wie im Großen ist und bleibt aber die wechselseitige Anerkennung der am Tausch beteiligten Subjekte. Die Parteien müssen sich als frei anerkennen und kooperieren. Es ist ein Ideal. Man missachtet es heutzutage regelmäßig.

Für viele Zeitgenossen ist die Freiheit ohnehin eine Zumutung, ja Überforderung. Einige missbrauchen sie, indem sie sich unfrei stellen und kaum irgendwelche Verpflichtungen eingehen. Sie bedürfen der Führung, nicht der Vernachlässigung. Das Pathos der Freiheit trifft gewöhnlich auf eine menschliche Natur, die nicht ganz sicher ist, ob sie es mit der Freiheit aufnehmen kann. Alexis de Tocqueville bemerkte dazu, durch zwei miteinander verfeindete Leidenschaften würden seine Zeitgenossen im Innersten bedrängt. „*Sie haben das Bedürfnis, geführt zu werden, und*

das Verlangen, frei zu bleiben. Da sie weder den einen noch den anderen dieser entgegengesetzten Triebe ausrotten können, trachten sie, beide zur gleichen Zeiten zu befriedigen.“ Dieser Konflikt beherrscht die Menschen bis heute. Die Freiheit sollte in jeder Kultur ihren Platz finden. Viele Despoten berufen sich heute auf den freien Willen ihrer Bürger. In Wirklichkeit handelt es sich dort um eine demokratische Spielart der Tyrannei. Es ist nicht mehr als eine Illusion, die den Russen suggeriert, der Paternalismus Putins sei ihrem freien Willen entsprungen.

Viele Bewohner unserer Erde haben den Weg der Befreiung (von Armut, Krankheit, Gewalt, Dürre, Nichtbildung, Unterdrückung) noch vor sich. Durch das Internet erahnen sie, dass es für sie so nicht weitergehen kann. Menschen ohne Zugang zum Netz und zur freien Presse und ohne die Möglichkeit ihr Land verlassen zu können, werden länger auf ihre Freiheit warten müssen. Doch auch ihnen wird sie sich irgendwann offenbaren. Es ist eine Frage der Zeit.

Was in den 30 Artikeln der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 proklamiert wurde, gilt universell. „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.*“ Es umzusetzen kann für einen selbst bedeuten in der Nachbarschaft nach dem Rechten zu sehen, wenn ein Kind schreit. Oder einen Leserbrief zu verfassen, um seiner Meinung Ausdruck zu verleihen und auf die Straße zu gehen, wenn Radikale gegen Ausländer zu Felde ziehen oder mit Gewalt für eine utopische Wirtschaftspolitik eintreten. Man soll sich zu Wort melden, wenn Gewalt und Unfreiheit verharmlost werden. Verbrechen und Unrecht müssen benannt werden. Auch von friedlich gesonnenen Muslimen kann man erwarten, dass sie den Gewalttätern entgegenrufen, Gewalt, Intoleranz und Respektlosigkeit sei nicht der Islam, den sie wollen. Wir dürfen nicht still bleiben, wenn irgendjemand behauptet Osteuropäer würden unser Sozialversicherungssystem aushebeln, wenn sie ihren Fuß auf deutschen Boden setzen. An Willen und Kraft zu protestieren mangelt es in Deutschland gewiss nicht. Doch die Gewichtung der Verhältnismäßigkeit wird zu Recht kritisiert. Hunderttausende gehen aus Prinzip, mit Argumenten bewaffnet, wegen eines Freihandelsabkommens

auf die Straße, doch kaum jemand protestiert gegen die realen Gräueltaten in Aleppo, wo jeden Tag Kinder massakriert werden. Um den Schwachen in unserer und anderer Gesellschaft Würde zukommen zu lassen, benötigen gemeinnützige Einrichtungen und Wohltätigkeitsorganisationen dringend personelle oder finanzielle Unterstützung. Ein verpflichtendes soziales Jahr mit einem Aufenthalt im europäischen Ausland würde der Verständigung dienen und denen Gutes tun, die auf sie angewiesen sind.

In dieser Welt gibt es viele Dinge, die unerträglich sind. Wer sie sehen will, wird sie finden. Gleichgültigkeit ist hierbei eine besonders schlimme menschliche Einstellung. Wer sich nicht festlegen mag und keine Position bezieht, wer sich ignorant und arrogant verhält, wem das Schicksal seiner Mitmenschen, seiner Umwelt, seiner Heimat und seiner Zukunft egal ist, wer sich um seine Nächsten nicht kümmert, der hat seine Mitmenschlichkeit verloren. Bedingung hierfür ist ein soziales Gewissen und die Bereitschaft zur Verantwortung. Zur Mitmenschlichkeit gehörten nach Stéphane Hessel die Fähigkeit zu Empörung und Engagement, mithin zu wirkungsvollem Widerstand. Ansonsten würde die Triebfeder verkümmern, etwas zu verändern.

Für Revolutionen



Ich wünsche uns allen also ein starkes Empörungsmotiv. Nur so kommt es zum Widerstand, nur dann ist man an der Evolution beteiligt. Kommt Glück hinzu, findet man Gleichgesinnte und ist der rechte Moment gekommen, kann daraus eine Revolution werden. Eine Revolution ist ein Ereignis, dass die Welt auf den Kopf stellt. Wir benötigen mehrere davon in unterschiedlichen Handlungsfeldern, weil die Probleme dieser Welt nicht mehr nur über Innovationen und schon gar nicht im gemäßigten Tempo der steten Evolution gelöst werden können. Es bedarf einer Revolution bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Und es bedarf einer Revolution bei der Einhaltung der Menschenrechte. Helmut Schmidt nannte es einen Putsch, dessen es bedarf, um die Europäische Union zu stärken. Mag sein. Man spricht von der Arabischen Revolution. Durch sie will man einen aggressiven Gottesstaat vertreiben.

Durch kleine Veränderungen hier und dort versucht man den Niedergang des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells aufzuhalten. Man bezeichnet sie vornehmlich als Innovationen. Mit entsprechendem Marketingaufwand bringt man sie zur Verwertung. In Wirklichkeit handelt es sich um zumeist geringe Veränderungen verhältnismäßig nutzloser Dinge. Man kann das in der Automobil- oder Pharmaindustrie gut beobachten. Hier funktionierte die Modellpolitik nur solange bis das Märchen vom sauberen Diesel aufflog und dort werden Milliardenbeträge für Arzneimittel mit fragwürdigem Nutzen ausgegeben. Die Führungskräfte solcher Unternehmen handeln nicht viel anders als die Astronomen im Zeitalter von Kopernikus deren Daten nicht mehr zur gängigen Theorie passten. Sie erfanden die verrücktesten Dinge, um passend zu machen, was nicht zusammenpassen wollte. Es ist ein untrüglicher Hinweis für wirtschaftliche und soziale Schwäche, wenn ständig von Innovationen geredet wird. Innovationen reparieren ein System, das seine Nützlichkeit überlebt hat, Revolutionen verändern es.

In der von uns einigermaßen gut überschaubaren Epoche der letzten Jahrhunderte dominierten Rechtsunsicherheit und Hoffnungslosigkeit. Widerstand war zumeist zwecklos, keimte jedoch immer wieder auf. Dafür steht zum Beispiel die „Weiße Rose“ im Dritten Reich. Im arabischen Raum entlud sich die Wut durch ein Geflecht aus Internetzugang offener Berichterstattung und dem berühmten Funken der einen Flächenbrand auslöste; zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, im Jemen, schließlich in Libyen, Syrien und der Ukraine. Auch stillgeschwiegenen passiven Widerstand gab es, wie etwa in der DDR. Man hielt sich an Anordnungen, trat aber nicht hervor. Absolvierte seine Pflicht, nicht mehr. Duldete Abweichler, verriet aber die Gegner des Regimes nicht. So taten auch die Väter der heutigen Araber, was in ihrer Macht stand und setzten sich für mehr Freiheit ein, warfen sich vor die Bajonette, Säbel und Kanonen. Doch die Sultane in Konstantinopel und anderswo hielten mithilfe der Militärs den Widerstand klein. In vielen Fällen benutzten sie dazu Waffen aus den USA, Russland oder Europa.

Der Begriff der Revolution wird im Rahmen der um sich greifenden Sprachnivellierung zu häufig verwendet. Nur umwälzende Ereignisse rechtfertigen

ihn. Revolutionen erfordern Herausforderungen von globalem Ausmaß. Das Gesellschaftsmodell der Gegenwart, in dem eine überschaubare Anzahl von Personen und Großkonzernen das Sagen hat, nähert sich Schritt für Schritt einer Apokalypse. Nicht mehr als 147 Firmen gehören dieser „Superzelle“ an. Andere benennen 200 mächtige Vermögensverwalter, Fondsmanager, Scheichs, Oligarchen und Familien. Sie verfügen über ein Vermögen von 47 Billionen US-Dollar. Ihnen gehört die Welt. Sie alle kontrollieren einen großen Teil des Vermögens aller transnational operierender Firmen und sind so miteinander verflochten und voneinander abhängig, dass durch sie die Welt am Laufen gehalten wird. Weder einzelne Regierungen, noch Zivilgesellschaften, noch Nichtregierungsorganisationen können sich dem widersetzen. Ohne sie in die Pflicht zu nehmen sind Revolutionen kaum vorstellbar. In einem solchen Geflecht von 25 Ländern ist jetzt sogar ein gewählter US-Präsident mit seinen Immobiliengeschäften unterwegs.

In Folge des Klimaabkommens von Paris haben sich Ende 2015 etwa 120 Großanleger wie der weltweit größte Vermögensverwalter Blackrock, die Deutsche Bank-Tochter *Deutsche Asset and Wealth Management* oder die Schweizer Bank USB zusammengeschlossen; zusammen investieren sie mehr als 13 Billionen Euro in die Entwicklung einer emissionsärmeren Infrastruktur. Kooperierende Schritte in die richtige Richtung sind also möglich. Das beste Mittel, um diese Initiativen zu ergänzen wären nun Preisaufschläge für die Emission von Treibhausgasen. Das könnte durch eine Steuer geschehen oder durch einen effektiven Handel mit Verschmutzungsrechten. In manchen Regionen kostet es heute noch gar nichts, die Luft zu verschmutzen. Ein hoher Preis für Kohlendioxid fördert die Entwicklung regenerativer Technologien, bestraft Energieträger mit hohem CO₂-Ausstoß, verschafft Staaten zusätzliche Einnahmen und entbindet einen aus der Abhängigkeit von Staaten wie Saudi-Arabien.

Immer mehr hat sich unser Leben in der westlichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit der Zeit einer wirtschaftlichen Verwertung untergeordnet. Das ist nicht gut für die Entwicklung des Menschen. Selbst das internationale Bildungssystem legt es darauf an, junge

Menschen vor allem fit für den Markt und möglichst gut vermittelbar zu machen. Moderne Programme zeigen das: Kleine Kinder haben heute weder zu Hause noch in den „Bildungseinrichtungen“ die Möglichkeit, selbstvergessen und damit in Ruhe Dinge zu beobachten, um ihre eigenen Schlüsse daraus zu ziehen. Wenn Kultur und Kreativität in ihrer Bedeutung sinken und die Fähigkeit des Einzelnen, das Leben mit seinen Sinnen zu genießen immer mehr abhandenkommt und stattdessen die Versessenheit, technische Geräte stundenlang in seinen abgedunkelten Räumlichkeiten zu benutzen zunimmt, wird das kein gutes Ende nehmen. Menschen würden dann selbst zu Robotern und das Menschliche aus der Welt des Menschen würde verschwinden. Auf den Straßen zeigt sich diese Entwicklung bereits: heruntergebeugt und mit langfristig versteiftem Nacken starren junge Leute, anstatt auf den Verkehr zu achten, auf ihre Smartphones und hören das Martinshorn nicht mehr, weil sie durch Kopfhörer in ihrer virtuellen Welt verschlossen und von der realen abgeschlossen sind.

Renommierte Ökonomen wännen die Welt am Ende ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Andere erwarten weitere „industrielle Revolutionen“. Drei Mal haben wir eine solche bereits durchlaufen. Durch die Erfindung der Dampfmaschine, des Webstuhls und der Eisenbahn, dann durch die Einführung von Elektrizität und den Verbrennungsmotor, schließlich die dritte mit der elektronischen Datenverarbeitung. Seit der Jahrtausendwende drehen sich viele Erfindungen um Unterhaltungs- und Kommunikationsgeräte. Unseren Lebensstandard verändert haben sie im Vergleich zum elektrischen Licht, dem Auto, oder der Wassertoilette nicht. Und ob bereits ein zweites Maschinen-Zeitalter begonnen hat, bezweifle ich. Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee meinen nach der körperlichen könne nun auch bald unsere geistige Arbeit erleichtert und ersetzt werden. Automatisch fahrende Autos oder Computer, die Krankheiten diagnostizieren zeigen die Richtung auf. Wo moderne Technologien den größten ökologischen Gewinn versprechen (etwa die Brennstoffzelle für Automobile in China), gibt es weder den Willen noch die politischen Bedingungen. Oder es gibt kolossale Fehleinschätzungen, wie etwa jene, Elektrofahrzeuge seien ökologisch sinnvoll. Ihre Energiebilanz über den gesam-

ten Lebenszyklus ist nicht besser als bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor. Ein weiteres Indiz dafür, dass Europa den Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen ist, betrifft die Müdigkeit der Jugend. Sie hat den Glauben an eine bessere Zukunft vielerorts verloren. Erst hat man sie schlecht ausgebildet und dann ließ man sie im Regen stehen.

Das System des Managerkapitalismus mit seiner gesamten Organisation, hierarchischen Kontrolle und Ausrichtung auf den Massenkonsum ist an seine Grenzen gestoßen. Die Zeit der Dezentralisierung ist längst angebrochen. Individualisierte Bedürfnisse als Quelle ökonomischer Werte bezeichnet man als „distributed capitalism“. Der Handel müsse sich, um zukunftsfähig zu bleiben, mit den Menschen dezentralisieren, ist die Devise. Man lädt sich seine Songs herunter und sieht Nachrichten, wann immer man möchte, nicht, wenn andere das für einen bestimmen. Es war ein Computerunternehmen, das sich ausdachte, wie Leute erschwinglich zu ihrer Musik kommen würden. Bis heute hält das System der Marktwirtschaft daran fest, unser Verlangen kontrollieren zu wollen. Zugleich wissen wir, dass konventionelle Marktmechanismen die Moral von Menschen zerstören und unkontrollierte Bedingungen auf dem Markt Existenzen gefährden. Es ist also Zeit, sich von ihnen zu verabschieden.

In unseren Gedanken und Handlungen existiert zumeist eine Hierarchie der Werte. Sie ist unabhängig von dem Aufwand, mit dem die jeweiligen Ziele erreicht werden könnten. Das ist bezogen aufs Ganze fatal. So neigen Umweltschützer dazu, jede Beeinträchtigung der Natur vermeiden zu wollen, auch wenn dies erhebliche Kosten und Einbußen zur Folge hat. Ähnlich beharren Verkehrsjuristen oft darauf, dass die Sicherheit im Straßenverkehr unbedingt Vorrang vor dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen haben müsse. Doch der Grenznutzen nimmt irgendwann ab. Die fortgeführte Verminderung eines Risikos ist weniger wert, als die damit verbundenen Kosten und Einbußen. Ein Feuerlöscher im Auto kann zweifellos Menschenleben retten. Doch wer von uns hat einen in seinem Wagen? Die Gossenschen Gesetze nach dem abnehmenden Grenznutzen erklären, warum weniger reiche Länder wie z. B. China oder Brasilien lockerere Arbeits- und Umweltschutzgesetze haben,

als wohlhabende Länder. Da ärmere Länder weniger produzieren, herrscht dort geringerer materieller Wohlstand, und damit weniger Sicherheit und Umweltbewusstsein. Würde man sie zur Einhaltung unseres hohen Standards zwingen, wie manche es tun, wären die damit verbundenen Wohlstandseinbußen unter Umständen höher als der entsprechende Nutzen. Es so zu belassen, ist auch keine Option. In keinem Fall sollte man unsere Wertmaßstäbe unbedacht auf andere Menschen oder Länder mit abweichenden Bedingungen und auch Präferenzen übertragen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive lässt sich unsere Welt bereits heute unterteilen. Es gibt Staaten, in denen sich Vermögen im Wert von etlichen Billionen Dollar angesammelt haben. Sie diktieren denen, wo sich riesige Schuldenberge angehäuft haben, die Entwicklung. In einer Welt, in der das materielle Vermögen bedauerlicherweise eine überragende Rolle einnimmt sind die Vorkommen von Rohstoff von großer Bedeutung. Der Wert aller nachgewiesenen unterirdischen Rohstofflager beziffert sich auf 359 Billionen Dollar. 60 Prozent von ihnen gehören nur zehn Ländern: Russland, den Vereinigten Staaten, Australien, Saudi-Arabien, China, Guinea, dem Iran, Venezuela, Südafrika und Kasachstan.

Wo und in welchem Ausmaß sich die Folgen fortgeführter Verbrennung fossiler Energieträger für das globale Klima bemerkbar machen werden, lässt sich zwar voraussagen, doch die Ungenauigkeit ist immer noch so groß, dass keine global koordinierten Handlungen erfolgen, die den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur wirkungsvoll begrenzen. Die Bedenkenträger haben weiterhin die Oberhand. Die Bekundungen aus Paris von 2015 entsprechen lediglich ausgefeilten Arbeitspapieren. Hier ging es um das Was. Die Übereinkünfte aus Marrakesch 2016 sind ein Fahrplan. Dort ging es um das Wie. Konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel kommen in den einzelnen Ländern überaus schleppend, und koordiniert schon gar nicht zum Tragen. Das ist kein Wunder. Vorsichtsmaßnahmen gegen das Ungetüm des Wetters kosten ein Vermögen. Nicht zu reden von den Kosten für eine wirksame Reduktion der Emissionen von Kohlendioxid. Die Trägheit der Gegenwart geht zu Lasten des Wohlstands der jetzigen Generationen.

Man schreckt davor zurück die Lebensgrundlage nachfolgender Generationen zu sichern, um den jetzigen die Mühen zu ersparen. Dabei könnte man in jedem Industrieland durch ein neu zu schaffendes Zukunftsministerium einen Posten dafür bereitstellen. Das müsste man nur wollen und sollte noch nicht einmal den Etat anderer Ressorts belasten. Durch die Schließung von Steuerschlupflöchern, eine Kohlendioxidsteuer und durch die Implementierung internationaler Abkommen zur Vermeidung von Steuerflucht käme genügend Kapital zustande. Hochprofitable Unternehmen wie Apple, die mit ihren Produkten Milliarden verdienen, können ihre Kunden doch nicht ein zweites Mal zur Kasse bitten, indem sie keine Steuern entrichten. Bis es zu transnational koordinierten wirksamen Handlungen kommt, gibt sich der Westen der Illusion einer grünen Wende hin, während die Schwellen- und Entwicklungsländer kräftig weiter ihre Emissionen erhöhen. Atomkraft und moderne Gasturbinen werden in Deutschland nicht gewollt, ein Enddatum für die Verstromung von Braunkohle ist nicht in Sicht und eine Verbesserung der Energiebilanz in den privaten Haushalten oder bei Kraftwagen kommt kaum voran. Von einer nennenswerten Reduktion von Kohlendioxid ist kaum etwas zu bemerken.

Andere Gefahren, die den Bestand der Menschheit gefährden und die Wirtschaftskreisläufe nachhaltig beeinflussen, sind tektonische Beben und Pandemien. Beide können Millionen Menschenleben kosten. Pandemien der vergangenen hundert Jahre (Spanische Grippe, Hongkong-Grippe, Russische Grippe) fielen in kürzester Zeit ein paar Duzend Millionen Menschenleben zum Opfer. Vorbeugung hieße neben ausgearbeiteten Notfallplänen in den Schubladen jeder Behörde und eines jeden Unternehmens auch in diesem Kontext vor allem die Verhütung von Armut durch eine Anhebung des Lebensstandards in den Ländern, wo die Menschen noch mit ihrem Viehzeug unter einer Decke hausen und die Viren leichtes Spiel haben, vom Tier auf den Menschen zu springen. Niemand weiß genau wann und in welchem Ausmaß die Erde beben wird. Doch die Vorliebe der Menschen für Küstenstreifen wird sich rächen, wenn Tsunamis auf das Land rollen. Besonders im asiatisch-

pazifischen Raum liegen viele große Städte am Meer und unweit von Bruchlinien der Erdplatten entfernt.

Fügt man das Problem der nuklearen Proliferation und den global sich ausbreitenden Terrorismus hinzu, kommt man zu dem Schluss, dass die Menschheit gefährdeter ist denn je. Das Zusammenspiel der Unsicherheiten macht die Zukunft besonders unkalkulierbar. Revolutionen, die der allgemeinen Sicherheit dienen und den Namen verdienen sind von den gegenwärtigen Entscheidungsträgern nicht zu erwarten. Das ist eher bei einer jungen Bevölkerung und bei einer aufstrebenden Mittelschicht der Fall, die sich zusammentut, charismatische Führungspersönlichkeiten wählt, die dann ihrerseits Gleichgesinnte finden, um zusammen für das große Ganze einzutreten. Die Bedingungen dafür, steigende Preise für Lebensmittel, Ideologien, die polarisieren und auf andere treffen sowie gewaltbereite alte korrupte Regime erfüllen sich bereits jetzt an mehreren Schauplätzen.

Nach Jahrzehnten des Wahnsinns, Informationen in allen nur denkbaren Varianten erstellen und verschicken zu müssen, mehrt sich die Erkenntnis, dass immer mehr und noch schnellere Informationen kein Wert an sich sind. So ist es auch mit anderen Scheininnovationen. Was als „gigantischer Schritt“ verkündet wird, eignet sich in vielen Fällen nicht als Lösung für die Probleme von morgen. Die Gier in der modernen Welt, die den Menschen atemberaubenden Fortschritt gebracht hat, aber auch eine nie dagewesene Verschwendungssucht, haben die guten Seiten des Menschen immer häufiger in den Hintergrund treten lassen. Eine gesittete Ordnung und eine gleichmütige Haltung anderen Menschen gegenüber, drohen verloren zu gehen. Wissen und Kommunikation allein genügen nicht. Es ist vielmehr die kooperative Zusammenführung vorhandenen Wissens und die Durchsetzung geeigneter Lösungen, mit dem Ziel gemeinsam etwas gegen die Armut, gegen den Klimawandel, gegen den (Bio)-terrorismus, gegen die Cyberkriege und gegen die Verbreitung von Atomwaffen zu unternehmen. Gewalt erreicht ihren Höhepunkt dort, wo Imperien sich zurückziehen, nicht, wenn sie auf dem Vormarsch sind.

Ist Wachstum Zukunft?



Immer mehr Stimmen lassen einen daran zweifeln, dass Wachstum der Menschen Seelenheil ist. „Ein Prozent ist genug“ heißt der neue Bericht des „Club of Rome“, „degrowth“ das Zauberwort anderer. Weil der Mensch von sich aus kaum einsehen dürfte, warum er sich einschränken soll, muss er etwas dafür bekommen. Es sollte sich lohnen so zu leben, dass der Planet etwas freier atmen kann. Das Bevölkerungswachstum müsste zum Beispiel eingedämmt werden. Das geht aber nur dort, wo Kinder nicht mehr die Existenzgrundlage der Eltern sichern und wo andere soziale Sicherungssysteme greifen. Doch wozu benötigt es Wachstum überhaupt? Die Früchte wirtschaftlichen Erfolgs müssten dorthin verteilt werden, wo Armut und Ungerechtigkeit grassieren. Es kann nicht das Ziel sein, den Wohlstand zu mehren wo er bereits ist. Wohlstand muss dorthin, wo er fehlt.

Regierungen müssten sich bei der Verteilung der Mittel in die Karten schauen lassen. Ist das nicht möglich, müssen die Institutionen der EU das Mandat erhalten, die Sache für die jeweiligen Länder zu erledigen. Dazu muss sich der Entscheidungsprozess der Institutionen entflechten, ihre Entscheidungskraft muss gestärkt werden und nationale Eitelkeiten dürfen keine Rolle mehr spielen. Nur so kann man Fluchtursachen angehen. Global betrachtet kann die Verteilung von Ressourcen und von Kapital nur auf der Basis von Brüderlichkeit oder Partnerschaft von Norden nach Süden und Westen nach Osten geschehen. Solcher Art Handelsabkommen würden vom Volk gewiss mitgetragen, wenn sie in den jeweiligen Ländern transparent und ehrlich kommuniziert würden. In Ermangelung einer Weltregierung und fehlender funktionierender transnationaler Kooperationen kann die Verteilung von Wohlstand allenfalls durch die Vereinten Nationen erfolgen. Sie müssten allerdings wesentlich mehr finanzielle und politische Befugnisse erhalten. Bereits heute ist sie in allen möglichen Krisenherden unterwegs. Man könnte sich in Zusammenarbeit mit führenden Wirtschaftsunternehmen Projekte im Sinne globaler Partnerschaften vorstellen. Ein Beispiel: die Versorgung der Anrainerstaaten des Mittelmeeres mit Süßwasser und zugleich die Dämmung gegen Hochwasser oder wo nötig die Erstellung

erdbebensicherer Gebäude. Eine deutliche Aufwertung der Vereinten Nationen wäre ein Paradigmenwechsel. Diffuses Wachstum der Weltwirtschaft als Minimumkonsens westlicher Gesellschaften erscheint für die Bewältigung zukünftiger Probleme ungenügend.

Lediglich durch eine unerhörte Überschuldung des Westens kam es in den letzten Jahrzehnten zu einem Wachstum der Wirtschaft, das die Welt mitzog. Das gesamte System stand jedoch in seinen Grundzügen auf wackligen Beinen – politisch, kulturell und individuell. Die Aussicht auf Wachstum beruhigte zwar und ließ soziale Konflikte für eine gewisse Zeit möglicherweise weniger stark aufkommen, aber die verschütteten jedoch wahrhaftig vorhandenen sozialen Konflikte zeigen sich heute trotzdem und durch die sozialen Medien oder die Gewalt im öffentlichen Raum immer unverblümt. Denn die Armut ist in manchen Ländern und erst recht in manchen Bevölkerungsschichten trotz allgemeinen Wachstums durchaus gestiegen. Und der auf dem Rücken der nächsten Generationen finanzierte Wohlstand ist alles andere als gesichert. Die Menschenrechte werden im 21. Jahrhundert, global betrachtet, weiterhin in großem Stil verletzt. Korruption und Respektlosigkeit gegenüber Andersdenkenden sind allgegenwärtig.

Umso furchterregender muss die Vorstellung sein, wenn das Wachstum einmal ausbleibt. Was gibt es hier für Konzepte? Die Schulden eines Landes allein sagen relativ wenig über seine finanzielle Situation aus. Diesbezüglich steht die Bundesrepublik nicht schlecht da. Denn wichtiger als die Höhe der Verbindlichkeiten an sich ist ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung eines Landes und die Frage, bei wem man sich verschuldet und in welcher Währung. Steigt die Wirtschaftskraft eines Landes und bleiben die Schulden konstant, sinkt die Schuldenquote. Weder auf das eine noch auf das andere kann man sich jedoch verlassen. Die Begehrlichkeiten der Reichen werden kaum sinken. Das ist menschlich. Zugleich wird das Wachstum endlich sein müssen. Das ist mathematische Logik. Nehmen wir die vier Möglichkeiten unter die Lupe, unter denen es entstehen kann.

Je mehr Bürger ein Staat hat, desto höher sollte sein Wohlstand sein, dachte man.

Doch die Grenzen sind offen und die Arithmetik, wonach mehr Arbeitskräfte die Arbeit billiger machen und dadurch die Produktivität erhöhen, verfängt heute. In China werden die geburtenstarken Jahrgänge zukünftig von schwächeren Jahrgängen versorgt werden müssen. Im Gegensatz zu Europa mit seiner Überalterung altert die chinesische Bevölkerung deutlich schneller und bevor die Mehrheit wohlhabend wird. Während also die Renten- und Gesundheitsausgaben steigen, sinken die Beiträge zu den Sozialversicherungen. In Indien sieht das anders aus. Dort gibt es andere strukturelle Probleme im Gegensatz zu China, etwa die Rolle der Frau. Aber auch andere Weichen sind gegen eine wachsende Weltbevölkerung gestellt: In fast allen Ländern der Welt bekommen die Frauen deutlich weniger Kinder. Das betrifft vor allem Afrika. Die Zahl der über 60-Jährigen von heute gut 800 Millionen wird sich bis 2050 auf über zwei Milliarden erhöht haben. Ältere Menschen produzieren und konsumieren weniger. Über die Hälfte der Menschen auf unserem Globus lebt bereits heute in Ländern, in denen die Geburtenrate nicht mehr bestandserhaltend ist.

Für die Zukunft gilt: Wo sich die Überlebenschancen von Kindern verbessern, erlauben sich Menschen weniger Nachwuchs. So werden in Indien, wo sich agrarische Lebensgemeinschaften zu Industrie- und Wissensgesellschaften wandeln, Kindervon einem Produktions- zu einem Kostenfaktor. Existiert ein öffentlich finanziertes System der Alterssicherung, verschwindet ein wichtiger Grund für viele eigene Kinder. Erhöhtes Einkommen führt dann zu einer „Konkurrenz“ der Genüsse. Ein menschlicher Zug. Der Wunsch nach Kindern steht zurück. Auch die hierarchischen Unterschiede zwischen Mann und Frau lösen sich immer mehr auf und führen über eine Nivellierung der Einkommen zur Freiheit von traditionellen Versorgern. Bildung ist das beste Verhütungsmittel. Und aus weniger Kindern entstehen noch weniger Enkel.

Spätestens in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts dürfte das Bevölkerungswachstum nach Schätzungen der Vereinten Nationen ein Ende haben. Das ist für die gerade eben Geborenen absehbar. Die Weltbevölkerung könnte in zweihundert Jahren dann auf die Hälfte des heutigen Niveaus schrumpfen. Das

würden die Enkel unserer Kinder erleben. Genau weiß man das nicht. Eine andere Studie ergab, dass aufgrund des ungebremsten Wachstums in Afrika in weniger als hundert Jahren sogar elf Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Die Wahrscheinlichkeit gaben die Vereinten Nationen mit 70 Prozent an. Spätestens dann geht es vermutlich steil bergab. Schätzungen prognostizieren Weltbevölkerungen von bis zu 36 Milliarden (sehr unwahrscheinlich, weil nicht zu versorgen) im Jahr 2300 bis hin zu etwas über zwei Milliarden wie im Jahr 1850 (wahrscheinlicher, weil Sahara-Anrainerstaaten optimistische Wachstumsprognosen erhielten).

Die zweite Möglichkeit zu wachsen, ist nahezu erschöpft. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Erde zum Anbau oder Gewinn von Nahrungsmitteln mit 60 Prozent ihren Höhepunkt erreicht haben. Vorräte an Getreide gibt es kaum noch und klimawandelbedingte Überschwemmungen, Trockenzeiten und Versandungen verhindern, dass man die Landwirtschaft weiter ausbaut, erst recht, wenn grüne „Gentechnik“ abgelehnt wird. Insekten wird man zukünftig in seinem Speiseplan finden. Sie sind nahrhaft, verbrauchen zur „Produktion“ wenig Wasser und sind ethisch vertretbar. Ein Großteil der Weltmeere gilt bereits jetzt als überfischt.

Die dritte Quelle für Wachstum, technischer Fortschritt, hat Homo sapiens schon ein paar Mal aus der Verlegenheit geholfen. Als die natürliche Düngung nicht mehr ausreichte, erfand der Mensch den Kunstdünger. Als das Walöl als Brennstoff ausging, holte er das flüssige Gold aus den Tiefen der Erde. Fortschritt könnte durch „grüne Gentechnik“ und die Nutzung von Atomkraft besser möglich sein. Dann hätten viele hundert Millionen Menschen weniger Hunger und ausreichend Strom. In vielen Ländern nutzt man diese Technologien. Beides lehnen die Deutschen mehrheitlich ab. Sie sind geografisch und klimatisch privilegiert. Da protestiert es sich leichter. Seit Beginn des Industriezeitalters hat sich die wirtschaftliche Produktivität pro Kopf auf das Elffache gesteigert. Doch die Zeichen für geringeren Produktivitätsschub mehren sich. In ausgereiften Volkswirtschaften steigt das Wachstum nur noch in geringem

Masse. Selbst im prosperierenden Deutschland beträgt der Zuwachs heute lediglich ein Drittel dessen was zwischen 1970 und 2000 möglich war. Dieser Trend wird sich angesichts der Alterung der Gesellschaft in diesem Land nur bremsen lassen, wenn junge und arbeitswillige Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden oder wenn sich in der Bildungspolitik sehr schnell sehr viel verändert. Wird das gewollt, wird das offen diskutiert? Entwicklungsländer haben die Chance auf eine „demografische Dividende“. Wenn die Kinderzahlen dort sinken, wächst die erwerbstätige Bevölkerung relativ schneller als die Bevölkerung insgesamt. Die Menschen werden also allein deswegen reicher, weil weniger Kinder nachrücken. Die Tigerstaaten Asiens haben diesen Prozess vorgemacht. Später hat Lateinamerika nachgezogen. Jetzt folgen Laos, Bangladesch und Äthiopien.

Wenn Industriestaaten kein neues Land mehr zur Verfügung steht, wenn keine Arbeitskräfte mehr für Niedriglöhne arbeiten wollen und wenn keine technischen Wundermittel mehr erdacht werden können, dann bedienen sich Menschen einer vierten Methode, damit die Wirtschaft wächst. Sie kurbeln sie mit Geld an, das sie sich von kommenden Generationen leihen. Die hohen Schulden vieler Staaten belegen deshalb nicht nur deren schlechte Haushaltsdisziplin. Die absurd hohen und nicht im Verhältnis zur Wirtschaftskraft stehenden Zahlen sagen letztlich aus, dass über sieben Milliarden Menschen bereits jetzt für diese Erde zu viel sind. Zeit also, über Veränderungen nochmals nachzudenken.

Ideen



Es wäre eine Revolution, wenn es den wichtigen Industrienationen aus sich selbst heraus gelänge, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sich ihre gesamte Innovationskraft auf die Produktivität von sinnvollen Ressourcen konzentriert, anstatt wie bisher hauptsächlich auf die Produktivität der Arbeit zu setzen. Es wäre eine Revolution würden sie vornehmlich an das Wohl derer denken, die in Elend und Armut ihre Existenz fristen, anstatt an sich selbst. Arbeitsstunden statt Kilowattstunden zu vermeiden ist absurd in einer Zeit, in der sogar in Europa un-

zählige ausgebildete Jugendliche keine Arbeit finden. Die Bürgergesellschaften müssen von einer Haltung für mehr Gerechtigkeit, Toleranz und Teilhabe durchdrungen sein. Kulturelle religiöse sowie traditionelle Muster werden immer zur Vielfalt in einer offenen Gesellschaft beitragen. Doch so verschieden die Gesellschaften von Land zu Land sein mögen, wichtige Menschenrechte müssen sich durchsetzen.

Nur durch Bildung und Erziehung entwickeln sich Menschen und Gesellschaften weiter und befähigen sie dazu als Wertegemeinschaft in Brüderlichkeit zusammenzustehen. Dann wäre unseren Nachfahren eine rosige Zukunft beschieden. Durch mehr Wissen kann es gelingen sich vorausschauend den klimatischen, gesundheitlichen, ökologischen und energiepolitischen Hindernissen zu stellen und ihnen gemeinsam zu trotzen. Sie werden sich uns in den Weg stellen, ob wir wollen oder nicht. Mancherorts liegen Erziehungssysteme marode danieder oder richten sich fast ausschließlich auf die Beherrschung nebulöser Zukunftstechnologien. Sie werden dann nicht viel mehr als eine weitere Generation „nutzloser“ Maschinen“ hervorbringen, mit denen der Menschheit insgesamt nicht allzu viel weitergeholfen sein dürfte.

Große Krisen bieten einem die Chance ganz neu zu denken. Der Fall des eisernen Vorhangs wäre eine gute Möglichkeit gewesen einen Völkerbund 2.0 zu gründen. Die Jahrtausendwende hätte man als Anlass nehmen können, global verbindende Probleme effektiver gemeinsam zu bewältigen. In jüngster Zeit hätte der Austritt der Briten aus dem Euroraum den Institutionen die Gelegenheit verschaffen können, die Konstruktion und Sichtbarkeit Europas neu zu denken. Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten hätte noch manches andere befeuern können. Stattdessen betrachtet man alles als hinzunehmende Naturgewalt. An sie reicht menschliches Handeln nur bruchstückhaft heran. Man besinnt sich tendenziell auf nationale Lösungen und schließt seine Grenzen. So zeigt man seine Hilflosigkeit. Problemanalyse und politische Reaktion fallen dramatisch auseinander.

Dabei dürften die Grenzen von Staaten, unterschiedliche Herkunft und Stammeszugehörigkeit oder religiöse

Bindung eben keine Trennlinien internationaler Politik und gemeinsam verbindender Projekte sein. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Zahl der Demokratien weltweit beinahe verdoppelt. Doch eine systemkritische internationale Sprache der Linken fehlt, die Rechten nutzen das aus und bedienen sich ihrer gefährlichen Rhetorik. Die kaum erträglichen Übervorteilungs- und Abhängigkeitsverhältnisse der Interessengemeinschaften werden durch die Medien nicht so deutlich herausgestellt, als dass in der Bevölkerung erkennbare Impulse entstehen, etwas verändern zu wollen. Zu viele Menschen in unserem reichen Land sind satt und träge.

Die Ursachen der Flucht anzugehen, bedeutet den Hunger, die Armut und die Hoffnungslosigkeit im eigenen Land und in der Welt zu bekämpfen. Dazu braucht es aber die Heimat. Ohne Zuhause keine Identität. Und es braucht den Frieden. Menschen müssen sich zu Hause so gut versorgt wissen, dass sie sich nicht auf unsichere Wege begeben und, im tiefen Herzen letztlich unfreiwillig in der Fremde landen.

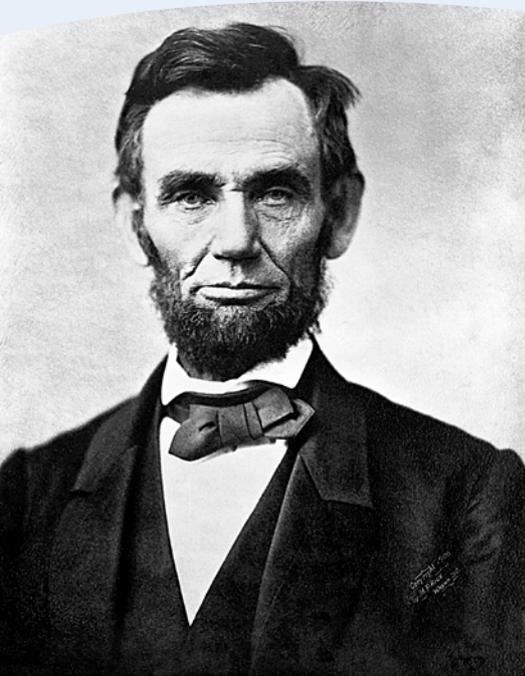
Unerwünschte Wirtschaftsflüchtlinge sind nichts anderes als in Kauf genommene Kollateralschäden globaler Verhältnisse, die an anderen Orten zur Mehrung des Reichtums derer geführt haben, die sie jetzt am Bettelstab verhungern lassen.

Um auf Dauer friedlich und frei, zufrieden und hoffnungsvoll überleben zu können und insofern glücklich zu sein, benötigen die Gesellschaften dieser Welt funktionierende Grundordnungen. In ihnen sollen mündige und informierte Bürger mitreden, sich einmischen, auch empören und Widerstand gegen Unrecht leisten. Ein von religiösem Brauchtum geprägter Staat kann solche Grundordnungen zulassen, ohne auf Rituale und spezifische Gepflogenheiten zu verzichten. Die wichtigsten Menschenrechte jedoch müssen bis in den letzten Winkel dieser Welt hinein nicht nur respektiert, sondern auch gelebt werden. Auf der Basis der Presse- und Meinungsfreiheit und unter denkenden Menschen wird es immer auch solche geben, die Selbstverständlichkeiten infrage stellen und nicht dazu fähig sind, mit der Freiheit verantwortungsbewusst umzugehen. Das ist ihr Preis.

Damit sich die Menschheit in diesem Sinne weiterentwickeln kann, bedarf es der Geistes- und Sozialwissenschaften. Sie dürfen nicht aussterben, sondern müssen sich gegenüber den technischen Disziplinen und Naturwissenschaften behaupten können. Durch sie lernt man kreativ zu sein, kritisch zu denken, Mut zur Fantasie aufzubringen und Verständnis für die Komplexität der Welt zu gewinnen. Jenes Verständnis, das ohne die Auseinandersetzung mit Literatur, Musik, Theater und den Künsten kaum denkbar ist. Konkret bedeutet es, die Sokratische Pädagogik immer wieder neu zu entdecken und sie beständig gegen das Effektivitätsdenken an den Schulen und Universitäten zu verteidigen. Beim Wettbewerb „Jugend forscht“ sucht man die Geistes- und Sozialwissenschaften vergeblich. Das ist ein fatales Signal. Je technischer und spezieller Bildung und Unterhaltung, Medizin und Industrie werden, desto eklatanter fehlen die Dimensionen der Sozial- und Geisteswissenschaften.

Woher kommen wir und wo wollen wir als Gesellschaft hin? Wie entsteht sozialer Friede? Wodurch erreicht man Erwachsene, wenn es um gesunden Lebensstil geht? Wie implementiere ich wichtige Grundlagen bei Kindern bildungsferner Eltern? Welche Methoden der Schlichtung bewähren sich und warum? Welche Strategien wirken nachhaltig gegen Radikalisierung? Es gibt unendlich viele gute Fragen. Sie betreffen das Leben mit anderen Menschen und beziehen unser Verhältnis zu Tier und Pflanze mit ein. Was gibt uns das Recht mit ihnen so umzugehen, wie wir es tun? Was legitimiert das Bruttoinlandsprodukt als unverrückbare Messgröße für gesamtgesellschaftliches Wohlergehen, wenn ökologische, soziale und kulturelle Kriterien ausgeklammert werden? Der wahre Reichtum eines Landes und die Zufriedenheit seiner Bürger zeigt sich wahrlich durch mehr als nur das zur Verfügung stehende Einkommen oder die erbrachte Wirtschaftsleistung.

Menschen, Waren, Kapital und Technologien, auch Wissen, Ideen, Kultur und Werte sind ständig in Bewegung. Die hier aufgezeigten Aufgaben sind von globalen Dimensionen. Wir benötigen dazu die beste Grundlagenforschung, durchsetzungsstarke Po-



Abraham Lincoln 1863 (Foto: Alexander Gardner) – Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=611162>

litiker und eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der ihre Mitglieder das Leben als Pflicht begreifen und die in tiefem Glauben an eine bessere Zukunft für sich und andere Verantwortung übernehmen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Bereits fünf Mal erlosch in den letzten viereinhalb Milliarden Jahren beinahe alles Lebendige auf Erden. Das war die Folge von klimatischen Veränderungen oder von außerirdischen Einflüssen. Erst vor läppischen hunderttausend Jahren trat der Mensch auf den Plan. In dieser Zeit hat er sich die Natur untertan gemacht. Unsere Erde mit ihren Naturvorkommen ist, als eine Art mütterliches Ganzes, etwas in sich durchaus Stabiles. Sie erfüllt dabei weder einen Zweck, noch gibt sie uns Orientierung darüber, wie wir uns verhalten sollen. Dabei sagt jeder, man dürfe sie nicht ausbeuten und zerstören. Natur, also natürliche Prozesse sind nicht nur die irdischen Ozeane, Wälder, Wüsten, das Blut in den Lebewesen und die elektrischen Stromstöße. Auch extraterrestrische Dinge, entfernte Quasare und Naturkonstanten gehören dazu. Auch das Krankhafte ist „Natur“. Die Annahme einer Totalität, die der große Philosoph des 17. Jahrhunderts, Baruch de Spinoza, in seiner Rede von „Gott oder der Natur“ beweisen wollte, kann wohl niemals durch eine Untersuchung bestätigt werden. Insofern bleiben das Warum und der große Zusammenhang ein Rätsel und eine Sache des Glaubens.

Ein Aufruf



Vielleicht sollten wir uns beim Verständnis und bei der Konstruktion einer besseren Weltgemeinschaft an jemanden wie Abraham Lincoln halten. In seiner nur 272 Wörter langen Rede richtete er vor gut 150 Jahren seinen Kontinent nach dem Bürgerkrieg ideell wieder auf. Ein solcher Aufruf ist für uns alle heute notwendiger denn je. Hoffnung muss die Menschheit durchziehen. Wer besitzt die Autorität eine solche Hoffnung zu formulieren und einen entsprechenden Appell an die Weltgemeinschaft zu richten? Jeder von uns hat lernen müssen, dass wir letztlich in unserer eigenen kleinen Welt leben, von der wir uns nicht so leicht befreien können. Wir haben jedoch ebenfalls gelernt, dass Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und dass beides in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauf werden darf.

Durch seine Gettysburger Rede ist Abraham Lincoln in die Annalen eingegangen und hat seiner Nation „eine Neugeburt der Freiheit versprochen“. Generationen amerikanischer Schüler haben diese Rede auswendig gelernt. Sie verbindet in ihren zwei Minuten nicht nur Wunden, die der Bürgerkrieg gerissen hat, sondern sie begründet ein Narrativ einer sich neu erschaffenden Nation. Etwas Vergleichbares täte der gesamten und in sich zerstrittenen oder miteinander im Wettbewerb stehenden Weltgemeinschaft gut. Lincoln konstruierte eine Gemeinsamkeit mit den Feinden des Südens. Er begründete sie historisch („Vor 87 Jahren gründeten unsere Väter auf diesem Kontinent eine neue Nation“), benannte den Kriegsgrund der Sklaverei nur indirekt („eine Nation, in Freiheit gezeugt und dem Grundsatz gewidmet, dass alle Menschen gleich geschaffen sind“) und erklärte den Bürgerkrieg selbst zur „Probe“ dafür, ob eine Nation mit derlei Leiden überdauern könne. Es sei nun an den Lebenden, führte er fort, dafür zu sorgen, dass die Toten „hier“ ihr Leben nicht umsonst gaben, „auf dass diese Nation, unter Gott, eine Neugeburt der Freiheit erleben möge – und dass die Regierung des Volkes, vom Volk und für das Volk nicht verschwinden möge von der Erde“.

Wie klein erscheinen da all jene, die heute öffentlich sprechen und schreiben, wenn es um Europa geht, um die Flüchtlinge, um den Schutz unseres Planeten und um den Frieden auf der Welt. Eine an die heutige Zeit angepasste Rede könnte daher folgendermaßen lauten:

Seit tausenden von Jahren entwickeln wir Menschen uns aus der Natur und leben in ihr. Wir sind Mitspieler in einem großen Ganzen und verantwortlich für unser Tun. Wir begannen uns irgendwann voneinander abzugrenzen und bilden zugleich bis zum heutigen Tag und darüber hinaus eine Gemeinschaft. Zufall oder Bestimmung haben uns jeweils an einen Ort gesetzt und gleich geschaffen. Wir teilen für eine vorübergehende Dauer unser Leben mit anderen und sollten wegen dieses Glücks einander in Brüderlichkeit begegnen. Zu allen Zeiten haben Menschen Ressourcen der Erde geplündert, Kriege geführt und einander betrogen. Nun stehen wir vor einer großen Bewährungsprobe. Wie wollen wir weiter leben? Von dieser Frage hängt ab, ob die Menschheit insgesamt dauerhaft Bestand haben wird. Es ist an den heute Lebenden, dafür zu sorgen, dass die Toten ihr Leben nicht umsonst gegeben haben, auf dass Frieden herrsche. Es ist an uns, dafür zu sorgen, das unvollendete Werk derer fortzuführen, die begonnen haben, die Zukunft der Menschheit zu sichern. Der Auftrag lautet die Erde mit ihren Schätzen zu schonen, das Gut der Freiheit zu bewahren, die Schwachen zu schützen und allen Menschen auf diesem Planeten die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu gewähren. Möge jede Regierung, vom Volke gewählt und für ihr Volk verantwortlich, diese großen Aufgaben im Auge behalten.

Zum Autor Prof. Dr. rer. nat. (USA) Andreas S. Lübbe



Foto: Heiko Appelbaum

Jhg. 1960, Chefarzt der Palliativstation der Karl-Hansen-Klinik in Bad Lippspringe, Ärztl. Direktor MZG Westfalen, außerplanmäßiger Professor an der Medizinischen

Fakultät der Philipps-Universität Marburg, **Interessengebiete:** Palliativmedizin, Rehabilitationswesen, magnetfeldkontrolliertes Drug-Targeting, ethische Fragestellungen am Lebensende, Menschenrechtsfragen, Doping in der Leichtathletik.